Grüne

PRESSEDIENST

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Doping

Dazu sagt der sportpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Karl-Martin Hentschel:

Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein

Pressesprecherin Claudia Jacob

Landeshaus

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 196.07 / 09.05.2007

Die Geißel des Sports wirksam bekämpfen

Mittlerweile ist es fast zwei Jahre her, seit im Juni 2005 die Rechtskommission des Sports gegen Doping ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

Die Methoden und Mittel des Dopings werden immer ausgekochter und geradezu pervers. Nach aktuellen Berichten wurde im Radsport von der Tour de France bis hin zu regionalen Rennen systematisch Blutdoping betrieben – und trotz regelmäßiger Kontrollen fiel das kaum jemandem auf. Großrazzien in Italien und Frankreich haben dann massenhaften Missbrauch aufgedeckt. In Deutschland fehlen uns derzeit die rechtlichen Möglichkeiten, um ebenso vorzugehen. So etwas ruiniert den Sport und zerstört die Vorbildfunktion von Sportidolen, an denen sich viele Jugendliche orientieren.

Aber auch der Breitensport ist massiv betroffen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, schätzt, dass 200 000 Breitensportler Dopingmittel zu sich nehmen. Prof. Dr. Rössner vom Institut für Kriminalwissenschaften der Uni Marburg hat im Sportausschuss des Bundestages berichtet, es sei davon auszugehen, dass rund 20 Prozent der männlichen und 4 Prozent der weiblichen Besucher von Fitnessstudios anabole Substanzen in nicht geringen Mengen konsumieren.

Immer wieder wird gesagt, das ist Sache der Sportverbände. Aber das reicht nicht aus. Aktive Funktionäre in den Sportverbänden brauchen unsere Hilfe, damit sie nicht in den Geruch der Nestbeschmutzung kommen, wenn sie konsequent handeln.

Wir haben uns deshalb bei dem vorliegenden Antrag an den Empfehlungen der Rechtskommission des Sports orientiert, die auf Initiative des ehemaligen Vorsitzenden des DSB (heute DOSB) Manfred von Richthofen 2004 ins Leben gerufen wurde. Die Empfehlungen der NADA (der Nationalen Anti Doping Agentur) gehen eher noch weiter.



Wir sind der Meinung, dass der Bund und auch das Land finanzielle Unterstützung an eine konsequente Haltung des Sports gegen Doping knüpfen sollten. Ebenso wollen wir den fairen wirtschaftlichen Wettbewerb im Sport schützen, indem Sportbetrug strafbar wird. Dazu Prof. Rössner: "Der Athlet gerät beim Wettkampf in eine häufig zu beobachtende ausweglose Drucksituation."

Besonders für das bandenmäßige Inverkehrbringen von Dopingmitteln muss es eine Strafverschärfung geben. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass endlich auf den Beipackzetteln und den Verpackungen von Arzneimitteln Hinweise angebracht werden müssen, die vor einer Verwendung als Dopingmittel warnen.

Wir setzen auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sportverbänden. Aber wir müssen den Druck erhöhen, damit diejenigen, die sich engagieren, in den Verbänden nicht schräg angeschaut werden. Denn auch die Verbände stehen in der Konkurrenz um Spitzenleistungen – da ist der Druck, ein Auge zuzudrücken, oft groß. Deshalb wollen wir, dass ein gemeinsamer Aktionsplan mit den Sportverbänden zur Dopingbekämpfung und zur Dopingprävention entwickelt wird.

Es sollen gemeinsame Aufklärungskampagnen über die Gefahren des Dopings stattfinden, und wie es auch schon unser LSV-Präsident Ekkehard Wienholtz forderte: Es muss schon bei den Jugendlichen angesetzt werden. Dazu muss Doping Thema in den entsprechenden Ausbildungsordnungen von Trainerinnen und Trainern werden.

Wir brauchen ein modernes und gut funktionierendes Dopingkontroll- und Sanktionssystem, und wir brauchen eine gemeinsame Strategie und Gesamtkonzeption der Sportverbände und der Politik, damit wir auf Dauer das Doping als die Geißel des Sports wirklich wirkungsvoll bekämpfen können!

Ich wünsche mir, dass auch das Land Schleswig-Holstein die nötigen Konsequenzen zieht und der Landtag unserem Antrag zustimmt.
